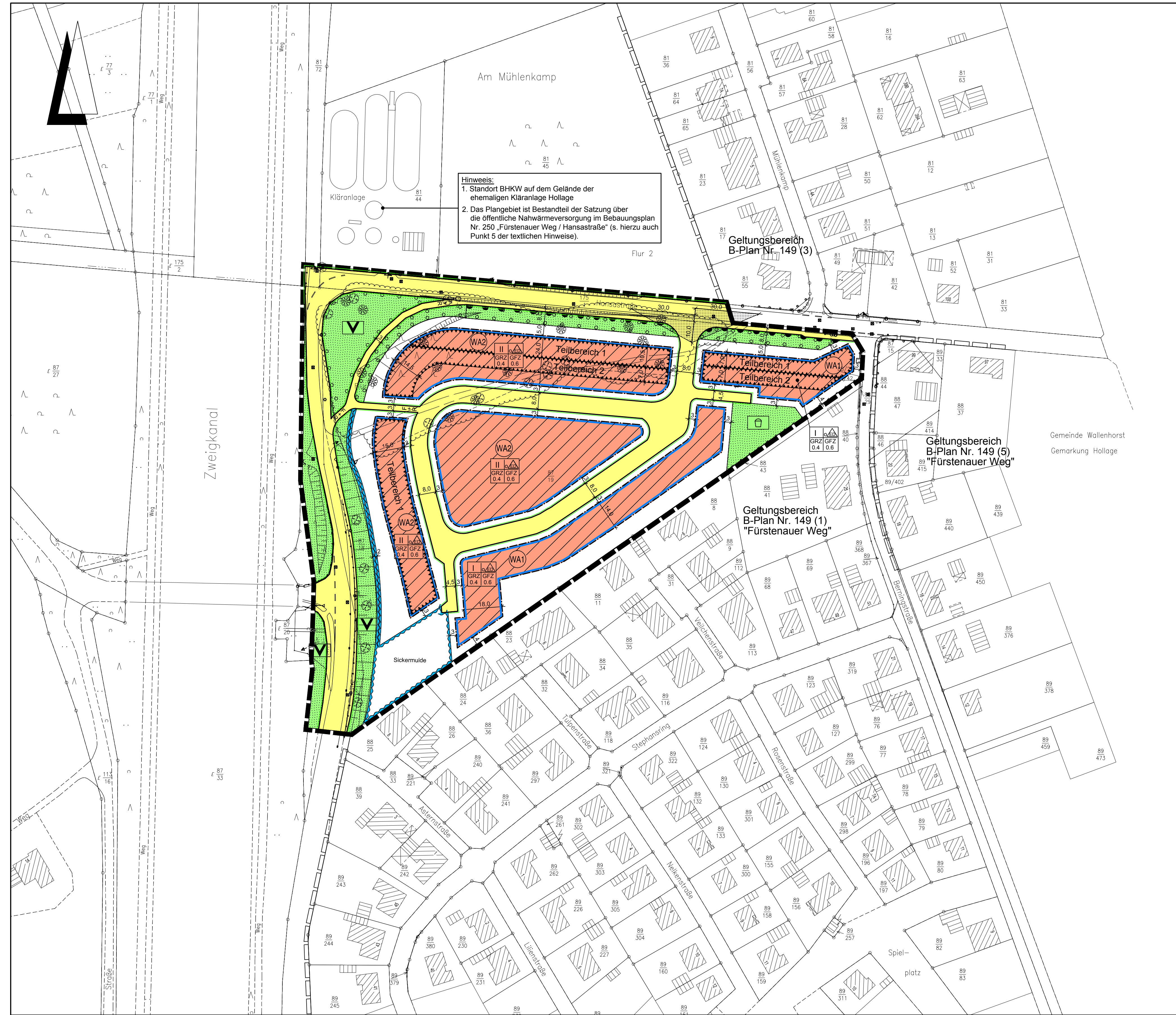


GEMEINDE WALLENHORST BEBAUUNGSPLAN NR. 250 "FÜRSTENAUER WEG / HANSASTRASSE"



Planzeichenerklärung

Gemäß Planzeichenverordnung 1990 v. 18. Dez. 1990 (BGBl. I S. 58) und der Bauzeichnungsverordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990, zuletzt geändert durch das Gesetz v. 22. April 1993 (BGBl. I S. 466).

I. Bestandsangaben	
	Gemarkungsgrenze
	Flurgrenze
	Flurstück- bzw. Eigentumsgrenze mit Grenzmaß
	Höhenlinien mit Höhenangaben über HN
	Flurstücknummer
	eingemessener Baumbestand (nachrichtlich)
Im übrigen wird auf die Planzeichenvorschrift DIN 18702 für großmaßstäbige Karten und Pläne verwiesen	

II. Festsetzungen des Bebauungsplanes

1. Art der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

	überbaubarer Bereich Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO i. V. m. § 1 der Textlichen Festsetzungen nicht überbaubarer Bereich
--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

2. Maß der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, i. V. m. § 16 BauNVO)

I, II usw.	Zahl der Vollgeschosse (Höchstmaß)
GRZ	Grundflächenzahl gem. § 19 BauNVO
GRZ	Geschossflächenzahl gem. § 20 BauNVO

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, i. V. m. §§ 22 u. 23 BauNVO)

	offene Bauweise gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 u. § 23 BauNVO nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------

	Baugrenze
--	-----------

6. Verkehrsflächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

	Straßenverkehrsfläche
	Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
	F+R Fuß- und Radweg
	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

9. Grünflächen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 u. Abs. 6 BauGB)

	öffentliche Grünfläche
	Spielfeld
	Verkehrsgrün

10. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs. 6a BauGB)

	Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses (Sickermulde)
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

	Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

15. Sonstige Planzeichen

	Umgrenzung der Flächen für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes (gem. § 9 Abs. 7 BauGB)

	Planzeichen ergänzend zur Planzeichenverordnung
--	-------------------------------------------------

	Hinweis (Darstellung ohne Normcharakter)
--	------------------------------------------

	Sichtdreiecke für Straßenkreuzungen gem. RAS-K von ständigen Sichthindernissen freizuhaltende Flächen zwischen 0,80 m und 2,50 m oberhalb Fahrbahnoberkante (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB)
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

	Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der angrenzenden Bebauungspläne
--	------------------------------------------------------------------------

§ 2 Grundflächenzahl (gem. § 19 Abs. 4 BauNVO)

Bei der Ermittlung der zulässigen Grundfläche sind die Grundflächen von: 1. Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten, 2. Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO, 3. baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, mitzurechnen.

Eine Überschreitung der in der Planzeichnung festgesetzte Grundflächenzahl (GRZ) von 0,4 durch die Flächen für Zuwegungen und Stellplätze bis auf eine maximal zulässige GRZ von 0,6 (Regelüberschreitung gem. § 19 Abs. 4 BauNVO) ist zulässig, wenn die Flächen für Zuwegungen und Stellplätze mit wasserundurchlässigen Materialien errichtet werden.

§ 3 Geschossfläche (gem. § 20 Abs. 3 BauNVO)

In den WA-Gebieten sind die Flächen von Aufenthaltsräumen in anderen Geschossen (Nicht-Vollgeschossen) einschließlich der zu ihnen gehörenden Treppenträume und einschließlich ihrer Umfassungswände auf die in der Planzeichnung festgesetzte maximale Geschossflächenzahl anzurechnen.

§ 4 Zahl der zulässigen Wohnungen (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB sind je Einzelhausbebauung max. zwei Wohnungen zulässig. Je Doppelhausgrundstück bzw. je Doppelhaushälfte ist nur eine Wohnung zulässig.

§ 5 Grundstücksgröße (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)

Die Mindestgrundstücksgröße beträgt: a) bei Doppelhausbebauung je Doppelhaushälfte 400 m² b) bei Einzelhausbebauung je Einzelhausgrundstück 500 m² Eine Unterschreitung ist nicht zulässig.

§ 6 Eingriffsregelung (gem. § 1a BauGB i. V. m. § 9 Abs. 1a BauGB)

Durch den Bebauungsplan wird ein Eingriff in den Naturhaushalt vorbereitet. Das Kompensationsdefizit umfasst insgesamt 22.546 Werteinheiten (WE). 14.940 WE werden durch Aufforstung zweier gemeindeeigener Flächen auf dem Flurstück 48/3, Gemarkung Rulle, Flur 13, sowie dem Flurstück 73/3, Gemarkung Rulle, Flur 10 ausgeglichen. Weitere 7.606 WE werden außerhalb des Planungsraumes im Nahbereich des nach § 30 NATSchG gesetzlich besonders geschützten Biotops der Nierenweide in der Haseaue im Ortsteil Hollage abgetost.

§ 7 Art der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 6 BauNVO und § 4 BauNVO)

Ausschluss ausnahmsweise zulässiger Nutzungen Die gem. § 4 Abs. 3 Nr. 2, 4. und 5. ausnahmsweise zulässigen Nutzungen - sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, - Gartenbaubetriebe, - Tankstellen sind im Plangebiet nicht zugelassen.

§ 8 Immissionsschutz (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Die Orientierungswerte der DIN 18005 von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts werden innerhalb des Plangebietes überschritten. Es werden maximal rd. 62/52 dB(A) Tag/Nacht erreicht. Die Außenbauteile von Gebäuden oder Gebäudeteilen, in die nicht nur zum vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen, sind in die in der folgenden Tabelle genannten Lärmpegelbereiche gem. DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" einzustufen (gem. Tabelle 8, DIN 4109).

Einstufung	Vorder- und Seitenfronten bzgl. der nahegelegenen Straße	Rückseitige Fronten bzgl. der nahegelegenen Straße	Teilbereiche im WA	
			TB 1	TB 2
EG und OG	EG und OG	EG und OG	LPB III	LPB II
EG und OG	EG und OG	EG und OG	-	-

Um für die bei Schlafräumen notwendige Belüftung zu sorgen, ist aus Gründen des Immissionsschutzes bei Schlaf- und Kinderzimmern der Einbau von Lüftungsvorrichtungen, sofern keine Lüftungsmöglichkeit über die von der Lärmquelle abgewandten Fenster besteht (hier Nordwestseite). Gleiches gilt für Räume mit sauerstoffzehrenden Heizanlagen. Die Einhaltung der erforderlichen Schalldämmwerte ist bei der genehmigungs- oder anzeigepflichtigen Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von Gebäuden oder Gebäudeteilen nachzuweisen.

Die geneante DIN-Norm liegt bei der Gemeinde zur Einsicht bereit. Im Teilbereich 1 sind die Außenwohnbereiche (Terrassen, Balkone, usw.) im Lärmschatten der Gebäude oder der Nebengebäude anzuordnen.

§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. §§ 56, 97 u. 98 BauNVO

1. Bedachung der Gebäude

1.1 Dachneigung

WA-Gebiet

- Mindestdachneigung: 2° - Maximale Dachneigung: 45°

Ausgenommen von dieser Regelung sind gem. § 12 u. 14 BauNVO Garagen und Nebenanlagen sowie untergeordnete Gebäudeteile (wie Dachaufbauten, Erker und Frontspieße).

1.2 Dachaufbauten / -einschnitte und Frontspieße

Dachaufbauten, Dachneinschnitte, Erker und Frontspieße sind zulässig, soweit diese 50 % der jeweiligen Gebäudelängsseite nicht überschreiten. Sie sind so zu errichten, dass:

- vom Organg ein Mindestabstand von 2,0 m; - vom First und vom unteren Dachrand ein Mindestabstand von 1,0 m eingehalten wird.

Je Gebäudesseite sind max. drei Einzelgauben, oder ein Dachzeinschnitt (Loggia), oder ein Frontspieß zulässig.

2. Einfriedungen

Einfriedungen sind als Mauern, Holz- und Metallzäune sowie lebende Hecken zulässig.

Mauern, Holz- und Metallzäune gegenüber öffentlichen Straßenverkehrsflächen und Fußwegen, von denen das Grundstück aus erschlossen wird, dürfen - gemessen von der Ok. der fertigen Straßenoberfläche bis zur Ok. der fertigen Straßenoberfläche - eine Höhe von 0,80 m nicht überschreiten.

Lebende Hecken gegenüber öffentlichen Straßenverkehrsflächen und Fußwegen, von denen das Grundstück aus erschlossen wird, dürfen - gemessen von der Ok. der fertigen Straßenoberfläche bis zur Ok. der fertigen Hecke - eine Höhe von 1,50 m nicht überschreiten.

3. Versicherung (§ 56 Abs. 1 Nr. 8 BauNVO)

Das auf den Grundstücken anfallende Oberflächen- und Niederschlagswasser ist ausschließlich auf den Grundstücken zu versickern. Die Versicherungsanlagen sind den Anforderungen des Arbeitsblattes der ATV-DVWG - A 138 entsprechend herzustellen und zu unterhalten.

Hinweis:

Die Bemessung der Versicherungsanlage ist im Entwässerungsantrag detailliert darzulegen. Vor Inbetriebnahme muss die Versicherungsanlage abgenommen werden.

5. Emissionen Verkehrsweg

Von der Hansastrasse und dem Fürstenaue gehen Emissionen aus. Für die in Kenntnis dieser Verkehrsanlagen errichteten baulichen Anlagen können gegenüber dem Bausträger der Straßen keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich weitergehenden Immissionsschutzes geltend gemacht werden.

Von der Binnenschiffahrt auf dem Zweigkanal westlich des Planbereichs gehen Emissionen aus. Gegenüber dem Wasser- und Schifffahrtsverband können diesbezüglich keinerlei Immissionsschutzansprüche geltend gemacht werden. Auf die Einwirkungsrechte des WSV wird hingewiesen.

4. Artenschutzrechtliche Anforderungen

Die Rodung von Gehölzen muss in einem Zeitraum zwischen Anfang November und Ende Februar erfolgen, um artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach §§ 44 ff. BNatSchG auszuschließen bzw. zu vermeiden.

5. Nahwärmeversorgung

Das Plangebiet ist Bestandteil der Satzung über die öffentliche Nahwärmeversorgung im Bebauungsplan „Fürstenaue Weg / Hansastrasse“.

Auszug aus der Satzung:

Die Nahwärmeversorgung wird zur öffentlichen Benutzung bereitgestellt. Sie umfasst die Versorgung des Wohngebietes mit Wärme für Heizung und Warmwasserversorgung. Grundstücke, auf denen sich Gebäude mit Räumen befinden, die mit Wärme versorgt werden sollen, sind an die öffentliche Nahwärmeversorgung anzuschließen.

Der Wärmebedarf für Grundstücke, die dem Anschlusszwang unterliegen, ist ausschließlich durch die öffentliche Wärmeversorgung zu decken. Zur Benutzung der öffentlichen Nahwärmeversorgungsanlage sind die Anschlussnehmer verpflichtet.

§ 5 Grundstücksgröße (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)

Die Mindestgrundstücksgröße beträgt: a) bei Doppelhausbebauung je Doppelhaushälfte 400 m² b) bei Einzelhausbebauung je Einzelhausgrundstück 500 m² Eine Unterschreitung ist nicht zulässig.

§ 6 Eingriffsregelung (gem. § 1a BauGB i. V. m. § 9 Abs. 1a BauGB)

Durch den Bebauungsplan wird ein Eingriff in den Naturhaushalt vorbereitet. Das Kompensationsdefizit umfasst insgesamt 22.546 Werteinheiten (WE). 14.940 WE werden durch Aufforstung zweier gemeindeeigener Flächen auf dem Flurstück 48/3, Gemarkung Rulle, Flur 13, sowie dem Flurstück 73/3, Gemarkung Rulle, Flur 10 ausgeglichen. Weitere 7.606 WE werden außerhalb des Planungsraumes im Nahbereich des nach § 30 NATSchG gesetzlich besonders geschützten Biotops der Nierenweide in der Haseaue im Ortsteil Hollage abgetost.

§ 7 Art der baulichen Nutzung (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 6 BauNVO und § 4 BauNVO)

Ausschluss ausnahmsweise zulässiger Nutzungen Die gem. § 4 Abs. 3 Nr. 2, 4. und 5. ausnahmsweise zulässigen Nutzungen - sonstige nicht störende Gewerbebetriebe, - Gartenbaubetriebe, - Tankstellen sind im Plangebiet nicht zugelassen.

§ 8 Immissionsschutz (gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Die Orientierungswerte der DIN 18005 von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts werden innerhalb des Plangebietes überschritten. Es werden maximal rd. 62/52 dB(A) Tag/Nacht erreicht. Die Außenbauteile von Gebäuden oder Gebäudeteilen, in die nicht nur zum vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen, sind in die in der folgenden Tabelle genannten Lärmpegelbereiche gem. DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" einzustufen (gem. Tabelle 8, DIN 4109).

§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. §§ 56, 97 u. 98 BauNVO

1. Bedachung der Gebäude

1.1 Dachneigung

WA-Gebiet

- Mindestdachneigung: 2° - Maximale Dachneigung: 45°

Ausgenommen von dieser Regelung sind gem. § 12 u. 14 BauNVO Garagen und Nebenanlagen sowie untergeordnete Gebäudeteile (wie Dachaufbauten, Erker und Frontspieße).

1.2 Dachaufbauten / -einschnitte und Frontspieße

Dachaufbauten, Dachneinschnitte, Erker und Frontspieße sind zulässig, soweit diese 50 % der jeweiligen Gebäudelängsseite nicht überschreiten. Sie sind so zu errichten, dass:

- vom Organg ein Mindestabstand von 2,0 m; - vom First und vom unteren Dachrand ein Mindestabstand von 1,0 m eingehalten wird.

Je Gebäudesseite sind max. drei Einzelgauben, oder ein Dachzeinschnitt (Loggia), oder ein Frontspieß zulässig.

2. Einfriedungen

Einfriedungen sind als Mauern, Holz- und Metallzäune sowie lebende Hecken zulässig.

Mauern, Holz- und Metallzäune gegenüber öffentlichen Straßenverkehrsflächen und Fußwegen, von denen das Grundstück aus erschlossen wird, dürfen - gemessen von der Ok. der fertigen Straßenoberfläche bis zur Ok. der fertigen Hecke - eine Höhe von 1,50 m nicht überschreiten.

Lebende Hecken gegenüber öffentlichen Straßenverkehrsflächen und Fußwegen, von denen das Grundstück aus erschlossen wird, dürfen - gemessen von der Ok. der fertigen Straßenoberfläche bis zur Ok. der fertigen Hecke - eine Höhe von 1,50 m nicht überschreiten.

3. Versicherung (§ 56 Abs. 1 Nr. 8 BauNVO)

Das auf den Grundstücken anfallende Oberflächen- und Niederschlagswasser ist ausschließlich auf den Grundstücken zu versickern. Die Versicherungsanlagen sind den Anforderungen des Arbeitsblattes der ATV-DVWG - A 138 entsprechend herzustellen und zu unterhalten.

Hinweis:

Die Bemessung der Versicherungsanlage ist im Entwässerungsantrag detailliert darzulegen. Vor Inbetriebnahme muss die Versicherungsanlage abgenommen werden.

5. Emissionen Verkehrsweg

Von der Hansastrasse und dem Fürstenaue gehen Emissionen aus. Für die in Kenntnis dieser Verkehrsanlagen errichteten baulichen Anlagen können gegenüber dem Bausträger der Straßen keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich weitergehenden Immissionsschutzes geltend gemacht werden.

Von der Binnenschiffahrt auf dem Zweigkanal westlich des Planbereichs gehen Emissionen aus. Gegenüber dem Wasser- und Schifffahrtsverband können diesbezüglich keinerlei Immissionsschutzansprüche geltend gemacht werden. Auf die Einwirkungsrechte des WSV wird hingewiesen.

4. Artenschutzrechtliche Anforderungen

Die Rodung von Gehölzen muss in einem Zeitraum zwischen Anfang November und Ende Februar erfolgen, um artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach §§ 44 ff. BNatSchG auszuschließen bzw. zu vermeiden.

Satzungsbeschluss	
Der Rat der Gemeinde hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 04.10.2012 als Satzung (§10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.	
Wallenhorst, den 10.10.2012	(SIEGEL)gez. U. Belde..... Bürgermeister
Inkrafttreten	
Der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 250 ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 03.12.2012 im Amtsblatt bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 30.11.2012 rechtsverbindlich geworden.	
Wallenhorst, den 03.12.2012	(SIEGEL)gez. U. Belde..... Bürgermeister
Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften	
Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes sind Verletzungen von Verfahrens- und Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1 BauGB oder beachtliche Verletzungen unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 1 BauGB der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächenzuteilungsplans oder beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges gem. § 214 Abs. 3 BauGB nicht geltend gemacht worden. Entsprechende Verletzungen oder Mängel werden damit unbeachtlich.	
Wallenhorst, den 13.05.2014	(SIEGEL)gez. U. Belde..... Bürgermeister

Präambel und Ausfertigung

Aufgrund der §§ 1 Abs. 3 und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Neufassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509), des § 84 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) i. d. F. vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46) und der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKKmVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 17.11.2011 (Nds. GVBl. S. 422), hat der Rat der Gemeinde Wallenhorst diesen Bebauungsplan Nr. 250 "Fürstenaue Weg / Hansastrasse", bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen.

Wallenhorst, den 10.10.2012	(SIEGEL)gez. U. Belde..... Bürgermeister
-----------------------------	---------------------------------------------------

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 01.10.2010 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 250 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 30.04.2010 ortsüblich bekanntgemacht.

Wallenhorst, den 10.10.2012	(SIEGEL)gez. U. Belde..... Bürgermeister
-----------------------------	---------------------------------------------------

Aufstellungsbeschluss

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am 01.10.2010 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 250 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 30.04.2010 ortsüblich bekanntgemacht.

Wallenhorst, den 10.10.2012	(SIEGEL)gez. U. Belde..... Bürgermeister
-----------------------------	---------------------------------------------------

Planunterlage

Kartengrundlage:	Liegenschaftskarte Maßstab: 1:1000
------------------	---------------------------------------

Quelle:	Auszug aus dem Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung.
---------	-----------------------------------------------------------------------------------------

© 2011	LGLN Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen Regionaldirektion Osnabrück.
--------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt der Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Az. L4 508/2011 Stand vom 16.05.2011). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.

Osnabrück, den	Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen Regionaldirektion Osnabrück. - Katasteramt Osnabrück -
----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Osnabrück, den	Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen Regionaldirektion Osnabrück. - Katasteramt Osnabrück -
----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

||
||
||